FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

Jahresbericht 2008

Gesellschafts- und wirtschaftspolitische Beratung Cono Sur

Teilprojekt Chile

Politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Chile

Projektnummer:	199128331
Büro:	Santiago de Chile Chile
Berichterstatter:	Yesko Quiroga Dezember 2008

Das Wichtigste auf einen Blick

- Die bei den letzten Wahlen (2005) zum ersten mal errungene Mehrheit der Regierungskoalition *Concertación* in beiden Häusern des Kongresses ging Anfang 2008, nach dem Austritt von insgesamt zwei Senatoren und sechs Abgeordneten, wieder verloren. Aber bereits zuvor wurden mehrere Gesetzesprojekte der Regierung durch ihre Koalition nicht mehr mehrheitlich mitgetragen. Der Versuch, diese mit der Zustimmung der Opposition umzusetzen, hat schliesslich zu einem praktischen Stillstand bei allen wichtigen Gesetzesprojekten geführt. Die Macht der Opposition bekam die Regierung zu spüren, nachdem das Parlament erfolgreich ein impeachment Verfahren gegen die Bildungsministerin durchsetzte.
- 20 Jahre Regierung der Links-Mitte Koalition, haben zu weitreichenden Verschleiserscheinungen der an ihr beteiligten Parteien und des gemeinsamen politischen Projekts geführt, das in der Oppositon zur Diktatur und mit dem Ziel der Wiederherstellung der Demokratie entstanden war.
- Am 26. Oktober fanden Gemeindewahlen statt. Zum ersten Mal gelang es der oppositionellen Allianz, bei den Teilwahlen der Bügermeister, mehr Stimmen als die Concertación auf sich zu vereinen. Dies stellt nicht nur einen Wahlverlust, sondern auch einen klaren Nachteil für die anstehenden Präsidentschaftswahlen dar.
- Eine wichtige Verschiebung entstand durch die neu angetretenen Wahlliste *Chile Limpio*, die bei den Gemeinderatswahlen aus dem Stand auf 7,6% der Stimmen kam. Rund die Hälfte der Stimmen erhielt innerhalb dieser Liste, die neugegründete PRI, eine Partei, deren wichtigste Köpfe aus der christdemokratischen Partei ausgetreten bzw. ausgeschlossen wurden. Zur Allianz ist hingegen nur ein Fünftel der Stimmverluste der Concertación zu abgewandert.
- Seit 2006 führten die innerparteilichen Auseinandersetzungen zum Austritt mehrerer bekannter Politiker samt Anhängerschaft und so zu einer Erosion und Ausdiffenzierung des parteipolitischen Systems.
- Nach dem sich nach Lagos Anfang 2009 auch Insulza von einer möglichen Kandidatur abwandte, ist nun vorhersehbar, dass der christdemokratische Ex-Präsident Frey, dessen Partei sich in einer tiefen Krise befindet, fir die Concertación gegen den Rechtskandidaten Pinñera antreten wird.
- Ein bereits vom Senat angenommenes und nun im Abgeordnetenhaus liegendes Gesetz, würde die Zahl der Wahlberechtigten von 8,1 Millionen, um 3,8 Millonen Menschen oder 47% erhöhen.
- In den letzten Jahren schwankte das Wachstum stets um die 5% und wird 2008 mit 4% deutlich geringer ausfallen. Schon seit mehr als einem Jahr wird unter Wirtschaftsexperten eine durch mangelndes Produktivitätswachstum verursacht Wachstumschwäche diskutiert. Die Perspektiven für 2009 sind wegen der Finanzkrise deutlich schlechter.
- Der von einem Höchstand zwischen März und Juli von US$ 4, auf US$ 1,38 im Dezember eingebrochene Kupferpreis pro Pfund verbessert zwar mit der einhergehenden Abwertung des chilenischen Pesos die Einnahmeseite der landwirtschaftlichen Exporte, andererseits werden auch die staatlichen Einnahmen aus dem Erzexport niedriger ausfallen.

Politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Chile im Jahr 2008

1. Politische Entwicklung:

Drei Jahre Regierung Bachelet: Gute Absichten, zu wenig Taten.

Das die durch die Verfassungsreformen der Regierung Lagos von sechs auf vier Jahre verkürzte Legislaturperode knapp sein würde, um ihr Regierungsprogramm umzusetzen, hatte Michel Bachelet bereits angekündigt, als sie im März 2006 das Regierungsamt übernahm. Aber zu diesem Zeitpunkt ahnte auch sie nicht, dass es bereits nach zwei Jahren, kaum politische Spielräume für Reformen mehr geben sollte. Die erste Präsidentin in der Geschichte Chiles stand von Beginn an unter dem Druck des danachs. Bereits wenige Monate nach der Regierungsübernahme brachte die eigene Partei ohne Not die Debatte um ihre Nachfolge in Gang, eine Debatte, die sich von da ab latent in den Medien halten sollte und dort, in den ersten zwei Jahren, mit der Frage verknüpft wurde, ob eine Frau das für das Amt notwendige Durchsetzungsvermögen aufbringe. Anderthalb Jahre vor den nächsten Präsidentschaftswahlen im Dezember 2009 begann dann bereits der Wahlkampf, zuerst im Rahmen der Ende Oktober durchgeführten Gemeindewahlen und dann erneut mit der Debatte um die möglichen Präsidentschaftskandidaten.

Das Reformprojekt der Präsidentin lief schwer an. Die Versprechen „neuer Gesichter" statt altgedienter Politiker sowie Geschlechterparität im Kabinett und anderen Leitungsposten, beförderte einerseits zwar einen anderen, von der Präsidentin angekündigten und angeführten Politikstil, führte aber eben auch zu zeitraubenden Koordinationsschwierigkeiten mit den Parteien und dem Parlament, die dann konkrete Umsetzungsprobleme der politischen Projekte hinter sich herzogen. In der Folge verschiedener Krisen musste das Kabinett zwei Mal erneuert werden, später kam es aus anderen Gründen noch zu zwei weiteren Umbildungen, wobei die letzte die typische Funktion hatte, es den Amtsträgern zu ermöglichen, sich für die Teilnahme an den nächsten Wahlen zu qualifizieren.

Andererseits griffen rasch die weiterhin aktiven Bremsen des chilenischen politischen Systems, die effektive Schritte zur Realisierung des empatischen Versprechens der Präsidentin, einen sozialen Rechtsstaat aufbauen zu wollen und ein gerechteres Land zu schaffen sowie andere strukturelle Reformprojekte der Regierung weitgehend verhinderten. Das heisst nicht, dass die Regierung nicht auf wichtige sozialpolitische Erfolge verweisen könnte: verschiedene Arbeitsrechtreformen, die Rentenreform, Mindestlohn- und Rentenerhöhung, der Aufbau eines flächendeckenden Systems der Kinderbetreuung, eine deutliche Erhöhung der Ausgaben für Gesundheit, Bildung, Wohnungsbau; all dies waren wichtige Veränderungen, die von der Regierung erkämpft werden mussten. Trotzdem herrscht eine Stimmung entäuschter Erwartungen vor.

Vor der Bevölkerung wird zwar, wie in allen Umfragen ablesbar, die Präsidentin mit hohen Popularitätsraten gewürdigt. Das selbe lässt sich jedoch nicht für ihre Regierung sagen. Denn insgesamt gilt für deren Reformpolitik: zu wenig, zu zögerlich, zu uneindeutig und zu viele Rückkschläge, sei es, wie jedoch vorhersehbar, wegen dem heftigem Gegenwind der Opposition, wegen den streng regierungskritischen Medien oder auch wegen den Krisen in der eigenen Koalition. Richtig ist, dass grundsätzliche normative Veränderungen, etwa Gesetze mit Verfassungsrang, einer qualifizierten Mehrheit bedürfen, die ohne die Stimmen der Opposition nicht zu erreichen ist. Aber ebenso scheint der Mut oder auch die Überzeugung für grössere Schritten dann doch gefehlt zu haben. Innerhalb des Kabinetts hatten finanzpolitische und marktwirtschaftliche Standpunkte meist gegenüber den sozialpolitischen Oberhand behalten. Insoweit unterscheidet sich die Regierung Bachelet wenig von den drei vorhergehenden der Koaliton.

Die bei den letzten Wahlen zum ersten Mal errungene Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses ging Anfang 2008 nach dem Austritt von insgesamt zwei Senatoren und sechs Abgeordneten wieder verloren, aber schon zuvor wurden mehrere Gesetzesprojekte der Regierung auch durch die eigene Koalition nicht mehr mehrheitlich mitgetragen. Der Versuch diese mit der Zustimmung der Opposition umzusetzen, hat schliesslich zu einem praktischen Stillstand bei allen wichtigen Gesetzesprojekten geführt. Die Macht der Opposition bekam die Regierung zu spüren, nachdem das Parlament erfolgreich ein impeachment Verfahren gegen die Bildungsministerin durchsetzte.
Dabei ist die Verantwortung für die „Entzauberung" nicht allein der aktuellen Regierung oder einer Regierungskoalition zuzuschreiben, der der gemeinsame programmatische Horizont verloren gegangen ist, sondern in erster Linie der Logik des von den Eliten getragenen marktorientierten Entwicklungsmodells, das aber auch in Chile rapide an gesellschaftlichen Konsens verliert. Diesen fehlenden Konsens, der sich in einem weitgehenden Unwohlsein in der chilenischen Demokratie ausdrückt, hatte Michel Bachelet im Wahlkampf aufgegriffen, ein gerechteres und sozial wärmeres Land versprochen und damit zahlreiche Wähler überzeugt, besonders Frauen und jungen Menschen.

Rückblick: 20 Jahre Konzertation

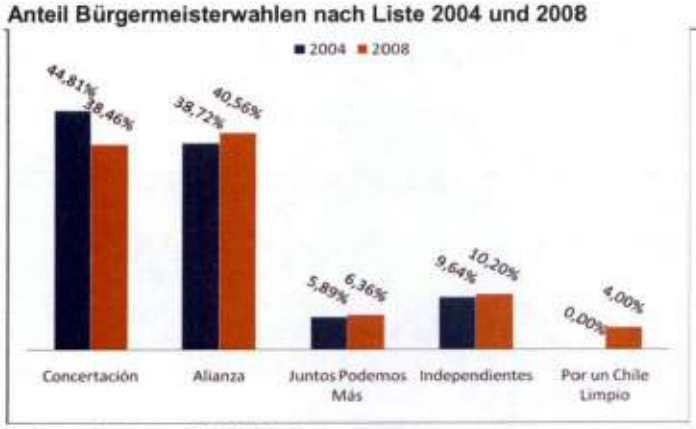
Mit dem Ende der Regierung Bachelt, wird die Regierungskoalition *Concertación* seit der Demokratisierung im Jahr 1990 zwei Jahrzehnte lang die Geschicke des Landes geführt haben und damit nicht nur das langlebigste sondern auch erfolgreichste Parteienbündniss in der Region darstellen. Drei im Prinzip sozialdemokratische Parteien, die sozialistische Partei (PS), die Partei für die Demokratie (PPD), die als ein Sammelbecken gegen die Diktatur entstanden war, die radikalen Sozialdemokraten (PRSD) sowie die Christdemokraten (PDC) haben seit dem Referendum um die pinochetistische Verfassungsreform im Jahr 1988 und bis zu den Gemeindewahlen im Oktober 2009 alle Wahlen gewonnen. Dabei wurde sie von Unabhängigen und im zweiten Wahlgang des Präsidenten vor allem von dem Bündnis zwischen Kommunisten und Humanisten sowie anderen kleine Parteien *Podemos* unterstützt.
20 Jahre Regierung der Links-Mitte Koalition, haben zu weitreichenden Verschleisserscheinungen der an ihr beteiligten Parteien und des gemeinsamen politischen Projekts geführt, das in der Oppositon zur Diktatur und mit dem Ziel der Wiedererlangung der Demokratie entstanden war. Die *Conceración* hatte unter dem drohenden Blick der Streitkräfte einen Demokratisierungsprozess eingeleitet, der in Kernbereichen nach den von der Diktatur festgelegten Spielregeln funktionierte und das exportorientierte neoliberale Wirtschaftsmodell weitgehend beibehalten. Trotz mehrerer grundlegender Reformen, stammt sowohl die Verfassung als auch das Wahlgesetz aus der Feder der Diktatur. Folge ist noch heute ein weitreichender politischer status quo, sowie die einem marktwirtschaftlichen Primat untergeordnete Rolle des Staates.
Dabei hat das chilenische Modell der Deregulierung und der kleinen politischen Schritte auf eindeutige Erfolge zu verweisen. Ein stetiges, von grossen Firmen vorangetriebenes und exportorientiertes Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine im internationalen Vergleich rasche Reduzierung der von der Diktatur übernommen Armut, die Ausweitung der staatlichen Investitionen in Bildung und Gesundheit, eine rasche Ausweitung der Infrastruktur, vor allem über internationale Ausschreibungen sowie ein relativ stabiles politisches System und überschaubaren Spielregeln mit einer recht gut funktionierenden Verwaltung bei geringer Korruption. Auch im Bereich der Aufklärung der Menschrechtsverletzungen wurden, wenn auch vor allem auf Druck der Menschenrechtsorganisationen, wichtige Fortschritte erzielt. Chile steht mit Platz 40 im von der UNDP verfassten Index menschlicher Entwicklung an zweiter Stelle in Lateinamerika, liegt vor den baltischen Ländern sowie der Slowakei und knapp hinter Argentinien und Polen.

Vor allem aber bot sich in der Vergangenheit auch keine politische Alternative an. Die Opposition, vor allem die Rechtspartei Unión Demócrata Independiente (UDI) war zu eng mit den Gräueltaten der Diktatur von Augusto Pinochet verbunden und auch im Rahmen der von ihr sowie der Renovación Nacional (RN) gebildeten Koalition *Alianza*, konnte die rechte Oppositon weder im wirtschaftspolitischen noch im sozialpolitischen Bereich mit einer Alternative zur existierenden Politik überzeugen. Nur so lässt sich erklären, dass trotz der Kollusion zwischen der Allianz und den meisten Printmedien sowie Fernsehkanälen jene bisher keine Wahl gewinnen konnte.

Gemeindewahlen

Seit dem Referendum von 1988, mit dem die Redemokratisierung des Landes eingeleitet wurde, hat die Concertación sämtliche Wahlen gewonnen. Die am 26. Oktober durchgeführten Gemeindewahlen haben einen Fleck auf der ansonsten reinen Weste hinterlassen. Zum ersten Mal gelang es der Allianz, wenn auch nur bei den Teilwahlen der Bügermeister, mehr Stimmen auf sich zu vereinen. Zwar stellt die Regierungskoalition weiterhin knapp die Mehrheit der 345 Bürgermeister, die Allianz hat aber gerade in bevölkerungsreiche Gemeinden und in neun der 15 Regionalhauptstädte gewonnen. Die Regierungskoalition stellt nur noch in zwei Hauptstädten die Bürgermeister, drei weitere wurden von Dissidenten der Koalition gewonnen. Seit 1992 konnte die Concertación nie so wenig Bürgermeister stellen, 2004 waren es noch über 50 mehr gewesen. Dies stellt nicht nur einen Wahlverlust, sondern auch einen klaren Nachteil für die anstehenden Präsidentschaftswahlen dar. Während zuvor 60% der Bevölkerung in von Bürgermeistern der Concertación regierten Gemeinden lebte, sind es heute nur nur noch 44%, im Fall der Allianz ist dieser Anteil von 34 auf fast 46% gestiegen.

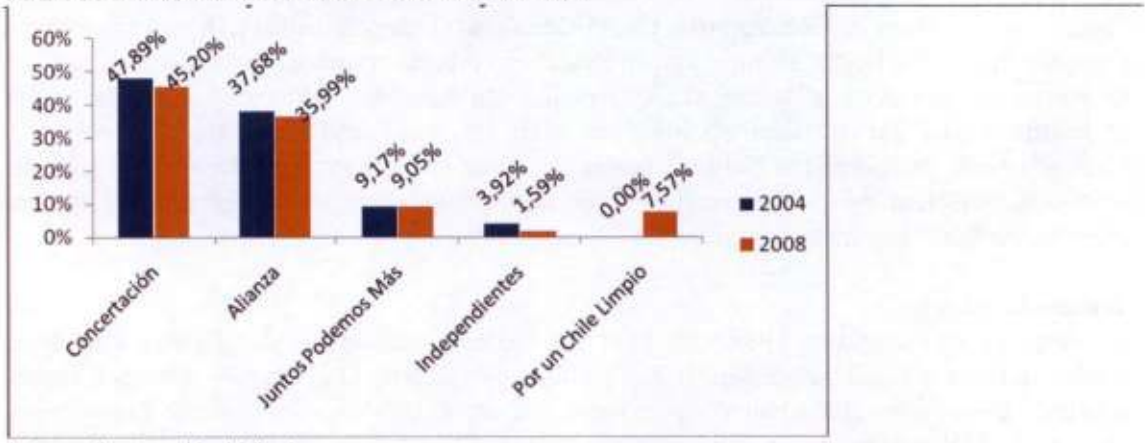
Anteil Bürgermeisterwahlen nach Liste 2004 und 2008



Independientes = Unabhängige

Andererseits führt die Concertación bei den Teilwahlen der 2146 Gemeinderäte mit 45% der Stimmen weiterhin mit einem Abstand von 9% deutlich vor der Allianz. Die Gemeinderatswahlen sind die einzigen Wahlen, aus denen sich, zumindest ansatzweise, die relativen Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien ableiten lassen, auch wenn gerade auf der lokalen Ebene oftmals die Personenwahl im Vordergrund steht.

Anteil Gemeinderatswahlen nach Liste 2004 und 2008



Independientes = Unabhängige

Die Ergebnisse der Bürgermeisterwahlen und die Verluste der Concertación wurden von der Allianz und auch von einem wichtigen Teil der Medien als Beleg für den Anfang vom Ende der 20jährigen Regierung der Concertación und implizit als zunehmender Zuspruch der Bevölkerung zur Allianz und damit als deren Erfolg interpretiert. Allein, die Wahlergebnisse belegen diese Einschätzung nicht. Wichtiger sind vielmehr zwei parallele Tendenzen: die sinkende Wahlbeteiligung und die Ausdifferenzierung des politischen Systems.
Insgesamt haben alle Koalitionen, mit Ausnahme der neugegründeten Liste „Por un Chile Limpio" weniger Stimmen mobilisieren können, als noch vor vier Jahren. Die Concertación hat über 400.000 und die Allianz 300.000 Stimmen weniger erhalten. Wenn die mehr als 6% der Stimmen für unabhängige Kandidaten, die innerhalb der beiden Listen der Concertación für die Gemeinderatswahlen angetreten sind, herausrechnet werden, liegen die Stimmverluste der drei grossen Parteien, allen voran der Christdemokraten, gefolgt von der PPD und der PS um noch 50%, die der Allianz um 12% darüber.

Ergebnisse Gemeinderatswahlen 1992 bis 2008 (Stimmen)

Partei / Jahr	1992	1996	2000	2004	2008	Diferenz 2004/2008
PDC	1.854.679	1.640.108	1.408.445	1.243.220	778.766	-464.454
PS	547.031	674.322	735.209	667.235	622.552	-44.683
PPD	590.321	737.919	743.384	610.603	475.665	-134.938
PRSD	314.757	411.430	352.857	281.662	289.121	7.459
UDI	652.954	211.840	1.040.349	1.151.703	840.929	-310.774
RN	861.784	858.104	1.012.382	923.887	897.617	-26.270
PH	52.481	78.069	50.632	119.395	104.715	-14.680
PC	419.778	320.519	211.018	299.121	277.895	-21.226
PRI					206.399	206.399

Listen: Concertación Allianz Podemos
(Ohne Unabhängige (insgesamt rund 18% der Stimmen)

In Chile nimmt die Wahlbeteiligung, vor allem die der jungen Bürger, ständig ab. Bei den Gemeinderatswahlen 2008 gab es 16% mehr Wahlberechtigte als im Jahr 2000, jedoch wurden 10% weniger an Stimmen abgegebenen. Die Wahlbeteiligung ist gemessen an den im Wahlregister eingeschriebenen Bürgern (für die nach Einschreibung Wahlpflicht herrscht) in diesem Zeitraum zwar offiziell nur von 88% auf 84% gefallen, wenn jedoch als Kriterium die potentielle Wahlbevölkerung herangezogen wird, sank die Beteiligung von 69% auf 53%

(57% bei den Bürgermeistern). Während 1988 noch 91% der zwischen 18 und 29-jährigen im Wahregister eingeschrieben waren und damit 36% der Wählerschaft darstellten, sind dies heute nur noch 22% ihrer Altersgruppe und damit gerade noch 8,5% der Wählerschaft. Fast 2,5 Millionen Jugendliche gehen nicht wählen. Zum Vergleich: Michelle Bachelet wurde im Jahr 2006 mit 3,7 Millionen Stimmen zur Präsidentin gewählt. Die geringe Wahlbeteiligung der jungen Bürger trifft besonders die Parteien der Concertación.
Auch die Wählerwanderungen sprechen weniger für einen Erfolg der rechten Allianz. Eine wichtige Verschiebung entstand durch die neu angetretene Liste Chile Limpio, die bei den Gemeinderatswahlen aus dem Stand auf 7,6% der Stimmen kam. Rund die Hälfte der Stimmen erhielt innerhalb dieser Liste, die neugegründete PRI, eine Partei, deren wichtigste Köpfe aus der christdemokratischen Partei ausgetreten bzw. ausgeschlossen wurden. Der Allianz ist hingegen nur ein Fünftel der Stimmverluste der Concertación zu Gute gekommen.

Wählerwanderungen von der Concertación zu anderen Koalitionen 2008

Independientes = Unabhängige

Mit Blick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen ist somit weniger eine wachsende Zustimmung zur rechten Allianz das Problem der Regierungskoalition, sondern der Sachverhalt, dass die chilenische Gesellschaft zunehmend sich nicht mehr an Wahlen beteiligt. Zum Teil ist dies dem umständlichen Prozedere der Einschreibung, die die Wahlpflicht hinter sich herzieht, geschuldet. Seit Jahren wird bereits eine Reform diskutiert, die eine automatische Einschreibung mit freiwilliger Wahl sowie dem Wahlrecht der Auslandschilenen verbindet, die bisher jedoch keine qualifizierte Mehrheit im Parlament gefunden hat. Gerade die Rechte hatte nur wenig Interesse an einer Reform des Systems und noch weniger am Wahlrecht für Chilenen, die, häufig als Folge politischen Exils, im Ausland leben. Nach einer Abtrennung des Auslandswahlrechtes vom Entwurf und der öffentlichen Zustimmung des Präsidentschaftskandidaten der Allianz, ging das Gesetz durch den Senat und wurde Anfang Januar 2009 an des Abgeordnetenhaus weitergeleitet. Bei einer Annahme würde die Zahl der Wahlberechtigten von 8,1 Millionen, um 3,8 Millonen Menschen oder 47% ansteigen. Die Frage ist jedoch, wieviele der neuen Wahlberechtigten auch wählen werden. Die Tendenz abnehmender Wahlbeteiligung ist ebenso Resultat des wachsenden Legitimitätsverlustes des politischen Systems, an erster Stelle der politischen Parteien und natürlich der Regierungskoalition Concertación.

Absplitterungen und Austritte

Nach zwanzig Jahren Demokratie ist eine zunehmende Konturlosigkeit der Parteien festzustellen, die sich immer weniger durch programmatische Differenzen unterscheiden. Das Wahlsystem verlagert den Wettbewerb um politische Ämter andererseits in das Innere der Koalitonen und bewirkt einen machtpolitischen Status quo zwischen den beiden grössten Listen. Die Besetzung poltischer Ämter hängt somit nicht nur von dem Wahlergebnis der einzelnen Parteien sondern im Vorfeld der Wahlen auch vom Verhandlungsergebnis der Parteiführungen der politischen Alliierten ab. Auch innerparteiliche Machtkämpfe werden

somit häufiger. Seit 2006 führte dies mit dem Austritt mehrerer bekannter Politiker samt Anhängerschaft zu einer Erosion und Ausdiffenzierung des parteipolitischen Systems.
Ende 2006 traf es die PPD, drei bekannte Politker, hierunter ein Senator und ein Abgeordneter gründeten nach ihrem Austritt bzw. Ausschluss Mitte 2007 die Partei Chile Primero, die sich diffus im progressiven Umfeld ansiedelt. Die offizielle Einschreibung der Partei wurde vom Wahlgericht wegen Unregelmässigkeiten zurückgewiesen, so dass eine eigene Teilnahme an den Gemeindewahlen nicht möglich war. Nach eigenen Angaben wurden über die Liste Chile Primero bzw. als Unabhängige 5 Bürgermeister und 19 Gemeinderäte der Partei gewählt (weniger als 1%).

Ebenfalls 2006 schliessen sich zwei kleine Regionalparteien zur PRI zusammen. Bedeutung erlangt diese Neugründung doch erst Anfang 2008, als der Flügel um den von den Christdemokraten ausgeschlossenen Adolfo Zaldivar der Partei beitritt. Der Ausschluss des Senators und ehemaligen Parteipräsidenten führt zum Austritt von fünf weiteren Abgeordneten und zahlreichen Mitgliedern der Partei. Die Concertación verlor in der Folge ihre mit den Wahlen 2005 zum ersten Mal erlangte Mehrheit im Senat und Abgeordnetenhaus. Die PRI bildet mit Unabhängigen sowie der ebenfalls neugegründeten ökologischen Partei die Liste Chile Limpio (sauberes Chile). Der Verlust von 37% der Stimmen der Christdemokraten bei den Gemeinderatswahlen, erklärt sich mindestens zur Hälfte durch den Erfolg der PRI, die sich ihrerseits die Option der Zusammenarbeit mit der oppositionellen Allianz offen hält. Diese Zusammenarbeit ermöglichte, dass geschasste Zaldivar im März 2008 vor einer perplexen Concertación durch die Opposition zum Präsidenten des Senats - das zweithöchste Amt Chiles – gewählt wurde. In der Folge des Debakels bei den Gemeindwahlen musste Zaldivars parteiinterne Opponentin, die ehemalige Aussenministerin Alvear, von ihrem Amt als Parteipräsidentin zurücktreten.

Im November erfolgt der Austritt des Senators Alejadro Navarro aus der sozialistischen Partei. Laut eigenen Angaben folgten ihm 185 Mitglieder. Hintergrund ist eine schwelende Auseinandersetzung der Parteilinken mit der aktuellen Parteiführung um mehr Einfluss in der Partei. Der dem venezolanischen Präsidenten nahe stehende Navarro kündigte an, die von ihm geführte Strömung Movimiento Amplio Social (MAS) als Partei einschreiben zu wollen, von Parteifreunden wurde er bereits als Präsidentschaftskandidat vorgeschlagen. Auch der ehemalige Minister Allendes und Ex-Parteipräsident der PS Jorge Arrate, öffentlicher Kritiker der Parteiführung, erwägt einen Parteiaustritt. Schon seit geraumer Zeit ist das Klima in der sozialistische Partei von heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Parteiführung und internen Kritikern geprägt.

Die Suche nach dem Kandidaten und Allianzen für die Parlamentswahlen

Die Debatte um den Kandidaten der im Oktober 2009 stattfindenden Präsidentschaftswahlen setzte schon bald nach der Regierungsübernahme durch Michelle Bachelet ein. Ebenso schnell schoss sich die Opposition auf den mit grosser Beliebtheit aus dem Amt geschiedenen Ex-Präsidenten Ricardo Lagos ein. Vor allem die katastrophale Einführung des neuen Nahverkehrssystems Transantiago sowie ein Korruptionsskandal in der unter seiner Regierung neueröffneten Bahngesellschaft wurden instrumentalisiert, um den aussichtsreichsten Kandidaten der Concertación zu dequalifizieren.

Im Gegensatz zu Lagos kündigte der letzte Präsidentschaftskandidat der Allianz, der Multimillionär Sebastian Piñera schon bald seine Absicht an, einen erneuten Anlauf nehmen zu wollen. Dies blieb im Lager der Allianz nicht ohne Kritik und immer wieder wurden von Seiten der UDI Versuche unternommen einen eigenen Kandidaten oder eine eigene Kandidatin zu plazieren. Gegen Jahresende hatte sich Piñera jedoch als Kandidat der Allianza durchgesetzt.

In der Concertación gab es kein koordiniertes Vorgehen. Der Parteipräsident der Sozialisten war der erste, der mit José Miguel Insulza, dem Generalsekretär der Organisation der amerikanischen Staaten einen Kandidaten ins Spiel brachte, was die innerhalb der Partei existierenden Spannungen der verschiedenen Stömungen nur noch vertiefte. Auch einer der linken Flügel kündigte an mit dem ehemaligen Parteipräsidenten Arrate einen Kandidaten an.

Angesichts des Schweigens von Lagos stieg die PPD erst Mitte 2008 in die Kandidatendebatte ein. Der Parteipräsident hatte bereits die Möglichkeit angekündigt, auch den Kandidaten der Christdemokraten zu unterstützen, wahrscheinlich um Lagos unter Zugzwang zu setzen. Lagos war keine einfache Option für die Partei, da er eine Nominierung durch die Concertación zur Bedingung für seine Kandidatur machte. Jedoch gab es für die Concertación keine andere Möglichkeit die Kandidatenfrage zu lösen, als durch eine Vorwahl, nachdem auch die Christdemokraten mit dem Expräsidenten Frey ihren eigenen Kandidaten und selbst die PRSD ihren Parteivorsitzenden Gómez ins Rennen schickte. Lagos erklärte schliesslich nach den Gemeindewahlen und trotz seiner Nominierung durch die PPD, nicht als Kandidat zur Verfügung zu stehen. Die PPD stand darauf vor der Entscheidung entweder einen eigenen Kandidaten, eventuell den ehemaligen Parteipräsidenten und aktuellen Minister für Bauten, Sergio Bitar, oder, wie nun angekündigt, Frey zu unterstützen.

Zunächst sah es so aus, als könnte die Concertación mit vier Kandidaten zu den Vorwahlen antreten, kein gutes Zeichen für die dringend notwendige Einheit, um gegen den firmen Piñera bestehen zu können. Nach dem sich aber Anfang 2009 auch Insulza von einer möglichen Kandidatur abwandte, ist nun vorhersehbar, dass ausgerechnet Frey, dessen Partei sich in einer tiefen Krise befindet, gegen Pinñera antreten. Im Rennen wäre nur noch der Kandidat der kleinen PRSD, der ebenfalls noch zurücktreten könnte sowie Arrate, der aber voraussichtlich nicht von seiner eigenen Partei nominiert werden wird und für eine Kandidatur austreten müsste. Nicht unmöglich ist, dass sich dann die für Ende April 2009 angekündigte Vorwahl erübrigt und Frey von der Concertación nominiert wird, die Option, die Lagos für sich reklamierte.

Laut allen Umfragen liegt der Kandidat der Allianz Piñera mit schrumpfenden Abstand vor allen möglichen Kandidaten der Regierungskoalition. Dies war jedoch auch vor den Wahlen 2005 der Fall. Unberechenbar ist heute nicht nur der grosse Anteil der noch unentschiedenen Wähler sondern auch eine unbekannte Zahl an Neuwählern, falls das Gesetz zur automatischen Einschreibung in das Wahlregister vom Abgeordnetehaus angenommen wird. 48% der Bevölkerung identifiziert sich mit keinem der Blöcke.

Der eher trockene Frey wird wie Piñera versuchen die politische Mitte zu mobilisieren. Bei der Suche nach Allianzen für die Parlamentswahlen stellt sich für beide grossen Blöcke im Vorfeld aber ein Szenarium, das auch neue Elemente beinhaltet.

Durch das Wahlrecht bedingt, haben Listen die ausserhalb der Concertación oder der Allianz antreten, praktisch keine Chance ins Parlamament einzuziehen. So erhielt bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2005 die von der kommunistischen Partei angeführte Liste Junto Podemos 7,4% der Stimmen, ohne auch nur einen Abgeordneten entsenden zu können. Das Wahlgesetzes lässt für jeden Wahlkreis nur die Wahl von zwei Kandidaten, in der Regel jeweils der erst- und zweitgewählten Liste zu. Nur wenn eine Liste, die doppelte Stimmenzahl der nächstgrösseren auf sich vereint, sind beide Kandidaten dieser Liste gewählt. Die dritte oder vierte Liste geht leer aus. Die Concertación konnte bei den Präsidentschaftswahlen stets

darauf bauen, dass im zweiten Wahlgang, die Liste Junto Podemos deren Kandidaten unterstützen würde.
Bei den letzten Gemeindewahlen kam es zu zwei Veränderungen. Zum einen war die neue Liste Chile Limpio erfolgreicher als erwartet und könnte der Concertación bei den nächsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen nicht nur entscheidende Stimmen kosten sondern eventuell direkt mit der Alianza paktieren. Zum anderen waren die lokalen Abkommen zwischen der Concertación und Junto Podemos erfolgreich gewesen. Dort wo mit der Nicht-Nominierung eigener Bürgermeisterkandidaten die Concertación die Kandidaten von Junto Podemos unterstützte und umgekehrt konnten beide Listen gewinnen. Wo es jedoch zu keinem Verhandlungsergebniss kam, verloren beide Listen, auf Grund der an Chile Limpio abgewanderten Stimmen, gegenüber der Allianz. Nach diesen Erfahrungen gibt es nun den Vorschlag Junto Podemos als Teil der Liste der Concertación bei den nächsten Parlamentswahlen antreten zu lassen. Wie sich dies auf die Kandidatenfrage auswirkt ist nicht klar, damit die Concertación nach einer Vorwahl mit nur einem Kandidaten (keine einzige Frau wird nominiert werden) bei den nächsten Wahlen antritt, müsste Junto Podemos auf eine eigene Präsidentschaftskandidatur verzichten. Ohne die Stimmen der ausserparlamentarischen Linken, kann Frey und damit die Regierungskoalition die nächsten Präsidentschaftswahlen nicht gewinnen. Ein Auseinanderbrechen der Concertación in der Opposition wäre kaum zu vermeiden.

2. Wirtschaftliche Entwicklung

Chile gehört zu den wettbewerbsstärksten Nationen der Welt. Der Abstieg von Platz 26 auf Platz 28 im Global Competitivness Report 2008-2009 erklärt sich vor allem aus einer Erhöhung der untersuchten Länder. Mexiko, Brasilien und Argentinien sind mit Platz 60, 64 und 88 weit abgeschlagen. Nichts desto trotz deckt der Bericht auch die Schwachstellen auf: In Gesundheit und Primarbildung (Rang 73) sowie Hochschulwesen und Ausbildung weist Chile nur schlechten Durchschnitt auf.
Chiles nominales BIP wird voraussichtlich im Jahr 2008 181 Milliarden US$, das Pro Kopf-Einkommen 10.800 US$ betragen. Chile liegt damit beim BIP in Lateinamerika nach Brasilien, Mexiko, Argentinien und Kolumbien an 5. Stelle und beim Prokopfeinkommen nach Venezuela an zweiter Stelle. Gemessen in Kaufkraftparität liegt das chilenische BIP per cápita vor Argentinien und Mexiko mit über US$ 14.600 an erster Stelle und ist nicht mehr weit vom polnischen Niveau entfernt. In den letzten Jahren schwankte das Wachstum stets um die 5% und wird 2008 mit 4% deutlich geringer ausfallen. Dabei wirkt sich die internationale Finanzkrise nur auf die letzten Monate des Jahres aus. Schon seit mehr als einem Jahr wird unter Wirtschaftsexperten eine durch mangelndes Produktivitätswachstum verursacht Wachstumschwäche diskutiert. Hinzu kam in den letzten vier Jahren eine durch die wachsenden Kupfereinnahmen deutliche Überbewertung des chilenischen Pesos, die sich negativ auf die anderen Exportsektoren auswirkte. Trotzdem wird auch 2008 der Export gegenüber dem Vorjahr um 10% auf rund 75 Mrd. US$ zugenommen haben. Die Inflation liegt wegen den über das Jahr gerechneten deutlichen Preissteigerungen für Rohstoffe und Lebensmittel bei etwas mehr als 7% liegen.
Die Perspektiven für 2009 sind deutlich schlechter. Der von einem Höchstand zwischen März und Juli von US$ 4, auf US$ 1,38 pro Pfund im Dezember eingebrochene Kupferpreis, verbessert zwar mit der einhergehenden Abwertung des chilenischen Pesos die Einnahmeseite der landwirtschaftlichen Exporte, andererseits werden auch die staatlichen Einnahmen aus dem Erzexport niedriger ausfallen. Allein Kupfer stellte im Jahr 2007 über 16% der Staatseinnahmen oder 5,3% des BIP dar. Der Boom des Kupferpreises hatte in den letzten drei Jahren zu hohen Staatseinnahmen geführt, die zu zwei Drittel von der staatlichen Kupferfirma

CODELCO bestritten wurde, die nur rund ein Drittel der Vorkommen ausbeutet. Der chilenische Staat hat diese Überschüsse sowie die des staatlichen Haushaltes, die jahrelang gesetzlich bei 1% des BIP lagen nicht ausgegeben, sondern im Ausland angelegt. Hierbei handelt es sich zu 70% um Staatsanleihen aus den USA, Deutschland, Frankreich und Japan. Die restlichen 30% waren auf 35 Auslandsbanken verteilt, hierunter mehrere deutsche Banken (Bayrische Hypo- und Vereinsbank, HSH Nordbank, Norddeutsche Landesbank und die Bayrische Landesbank). Im Rahmen der Finanzkrise wurden die Guthaben bei der Dekabank, der DZ Bank und der Landesbank Baden-Württemberg abgezogen.Bei Anlagen von über 21 Mrd. US$ gab es Verluste in Höhe von weniger als 700 Mio. US$, im Verhältnis wesentlich weniger, als bei vielen europäischen und deutschen (Landes-) Banken.
Chile ist das Land in Lateinamerika, das mit 14,5 Mrd US$ nach Brasilien (34,6 Mrd. US$) und Mexiko (23,2 Mrd. US$ am meisten ausländischen Direktinvestitionen anzieht. Die internationale Finanzkrise wird auf Investitionen wie auch auf die chilenische Realwirtschaft und den Finanzsektor deutliche Auswirkungen haben. Für das Jahr 2008 erklärt sich fast die Hälfte des Wirtschaftswachstums über den Finanz- und den eng mit ihm verbundenen Bausektor, während Landwirtschaft, Fischerei, Bergbau und verarbeitende Industrie schon jetzt stagnieren. Sowohl die internationalen Preise für Fischmehl als auch für Zelluslose haben sich verringert.
Der für das Jahr 2009 verabschiedete Staatshaushalt sollte mit 5,7% stärker als das voraussichtliche Wirtschaftswachstum steigen und sah eine fast 8%ige Steigerungen bei den Sozialausgaben vor. Erst im neuen Jahr wurde auch in Chile, als Reaktion auf die zu erwartenden Folgen der Finanzkrise, ein Konjunkturprogramm in Höhe von 4 Mrd. US$, rund 2,8% des BIP, aufgelegt. Die Staatsausgabe würden sich so nach Regierungsangaben um fast 11% erhöhen.
1960 exportiert Chile noch fast ausschliesslich Bergbauprodukte, 2008 stellen diese Güter zwar immer noch 60% der Exporte dar, allerdings haben auch landwirtschaftliche Produkte, insbesondere die Obstproduktion und Fischexport einen hohen Stellenwert. In den letzten Jahren hat gerade der Fischerei und die Fischzucht an Bedeutung gewonnen, die heute nach Kupfer mit einem Exportwert 2.352 Mio. US $. zu Beginn des 2. Semesters des Jahres 2008 das zweitwichtigste Exportprodukt darstellen. Die wichtigsten Produkte der Fischerei stellen Tiefkühlprodukte und frische Produkte dar, gefolgt von Fischmehl und Konserven. Das wichtigste frische Produkt ist Lachs.
Zu den bedeutensten Industriebranchen Chiles gehören neben der Nahrungsmittelindustrie, die Zellulose-, Papier- und Kartonproduktion sowie die Getränke- und die Holzindustrie. Insgesamt hat die verarbeitende Industrie in Chile einen Anteil von 27% am Export (Zahlen gelten für das Trimester April – Juni 2008). Auch die Weinproduktion hat zugenommen, allein im ersten Semester wurde Wein mit einem Wert von 1.256,7 Mio. US $ exportiert. Dies entspricht einer Zunahme von 28,5% im Vergleich zum Vorjahr.

Lachs in der Krise

Die Lachsproduktion ist eine der chilenischen Erfolgsgeschichten. Inzwischen ist Chile nach Norwegen der weltgrösste Lachsroduzent, daneben werden Forellen und Muscheln gezüchtet sowie Meeresfischerei betrieben. Nach Kupfer- und anderen Bergbauprodukten ist die Fischerei inzwischen der wichtigste Exportsektor des Landes. Allein der Lachs- und Forllensektor beschäftigt rund 50.000 Menschen, vor allem Frauen. Die Exporteinnahmen sowie Volumen wuchsen jahrelang mit zweistelligen Ziffern, letztes Jahr stieg vor allem das Volumen, während die Preise zurückgingen. Die Einnahmen lagen bei über 3,8 Mrd. US$, etwas mehr als 60% stellen Lachs und Forellenproduktion dar. Ob die Marke diese Jahr noch mal übertoffen werden kann, ist fraglich. Inzwischen ist genau das passiert, wovor Umweltschützer und Spezialisten bereits jahrelang gewarnt haben. Auf Grund der sanitären

Bedingungen sowie der hohen Poblationen habe sich Parasiten, wie die Lachslaus sowie andere Krankheiten ausgebreitet, die mit einem erhöhten Medikamenten- und Antibiotakaeinsatz bekämpft werden. Gegen den Ausbruch des Virus ISA, der infektiösen Lachsanämie, das entfernt mit dem Influenzavirus verwandt ist, scheint jedoch medikamenös kein Kraut gewachsen. Die Übertragung erfolgt durch direkten Kontakt mit Virusträgern oder durch mit deren Ausscheidungen kontamiertes Wasser. Ganze Zuchtstätten mussten bisher geschlossen werden, 10% der Beschäftigten sind bereits entlassen worden, Tendenz steigend. Experten gehen für das nächste Jahr von einem 20 bis 50%igen Produktionsausfall aus. Der chilenische Staat hat eine millionenschweres Hilfpacket angekündigt, das von den NGOs jedoch kritisiert wird. Eingefordert wird vielmehr eine wirksame staatliche Regulierung und Überprüfung der Zuchtfarmen, die in Einklang mit der ökologischen Belastbarkeit der Habitat stehen sowie eine höhere steuerliche Belastung der Unternehmen. Im Verhältnis zu den Exporterlösen zahle die Lachsindustrie für Nutzungskonzessionen gerade einmal 0,05% an den Staat. Anderseits subventioniert der Staat in den Rergionen die Beschäfigung. Die Gewinne sollen nach Angabe der NGO Terram dabei bei 20% der Verkaufserlöse gelegen haben. Auch in Norwegen war vor Jahren der Virus ausgebrochen, durch eine klare Regulierung sowie eine adäquate Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Staat stellt die Krankheit dort kein grösseres Problem mehr dar.

3. Soziale Entwicklung

Reformversagen: Gerechtigkeit. Gesellschaftliche Unzufriedenheit und Demokratieprobleme

Die in verschiedenen Untersuchungen feststellbaren rasch anwachsenden Legitimitätsprobleme der chilenischen Demokratie wiedersprechen der Annahme, dass ein stabiles Institutionensystem und wirtschaftliches Wachstum allein die Konsolidierung der Demokratie verstetigt. Offensichtlich haben fehlende Partizipationskanäle und eine ausgeprägte Vernachlässigung der Herstellung sozialer Gerechtigkeit sowie die Auslieferung des Bürger an eine weitgehend unregulierte Marktwirschaft dazu beigetragen, das Demokratie zunehmend als ein System verstanden wird, dass einem Prozedere entspricht, das sich seiner ursprünglichen Werte entledigt hat.

Ähnlich wie in Brasilien (30%) und Argentinien (33%) ist nur eine Minderheit der chilenischen Bevölkerung (28%) mit der Entwicklung der Demokratie in ihrem Land zufrieden. Nur noch knapp die Hälfte der Personen glauben, dass Demokratie in erster Linie eine Form ist, um die Freiheit und Rechte der Bürger zu garantieren und nicht etwa lediglich ein Medium, mit der die Politiker ihren Lebensunterhalt bestreiten (46%). Nur jeder Fünfte glaubt, dass seine Rechte respektiert werden, nur jeder Zehnte, dass es eine gerechte Einkommensverteilung gebe. Noch beunruhigender ist, dass mit dem Verblassen der Diktatur inzwischen fast zwei Drittel der Bevölkerung glaubt, dass ihre Rechte heute weniger als früher respektiert werden. Aber auch mit den bürgerlichen Rechten ist es aus der Sicht der Bevölkerung nicht weit her: Trotz mehrerer Justizreformen und im Vergleich zu den anderen Ländern der Region höheren Standarts, geht die überwältigende Mehrheit davon aus, dass es im Land eine Zweiklassenjustiz gibt (88%). Noch eindeutiger ist die Einschätzung, dass keine ausreichenden Partizipationskänäle existieren (69%). Die Kehrseite ist, dass bereits mehr als die Hälfte der Bürger (52%) glauben, dass Gesetze nicht unbedingt eingehalten werden müssen und sich schon gleich gar nicht mehr gesellschaftlich (45%), oder gar politisch (53%) engagieren wollen. Nicht weiter überraschend ist, dass drei Viertel der Befragten den Parteien die gesellschaftspolitische Problemlösungskapazität absprechen.

In Chile wurden grundlegende Bereiche zur Herstellung sozialer Kohäsion dem Markt übertragen. Wenn dabei auch in der Regel dem Staat eine Kontrollfunktion zugewiesen

wurde, konnte kein Gegengewicht zu der Tatsache hergestellt werden, dass öffentliche Güter, wie Bildung, Gesundheit, Renten neben allen Bereichen der Grundversorgung, einschliesslich der Wasserresourcen, dem privaten Gewinnstreben übertragen wurden. Das sich hierbei zahlreichen Oligopole gebildet haben wurde billigend in Kauf genommen. Die in der Zeit der Diktatur gründlich zerstörten Gewerkschaften konnten zwar wieder aufgebaut werden und haben in den letzten drei Jahren an Organisationskapazität gewonnen. Trotz der eindeutigen Fortschritten, konnten sie im Rückblick, mit ihrer anhaltenden organisatorischen Schwäche und mangelnden Verhandlungsmacht, der einseitigen Privilegierung von Kapitalinteressen nur wenig entgegensetzen. Die Verohung der chilenischen Konsum- und Arbeitswelt spiegelt sich auch in den Umfragen wieder: Drei Viertel aller Chilenen sind davon überzeugt als Konsument nicht respektiert zu werden, drei Fünftel der Arbeitnehmer fühlen sich von den Vorgesetzten nicht anständig behandelt. Neun von zehn Chilenen behaupten, von „den Reichen" diskriminiert zu werden. Aber auch die wenigen existierenden öffentlichen Dienstleistungen schneiden in Bezug auf Respekt und Diskriminierung nicht besser ab.
Parallel zu der Desillusion mit dem politischen System, hat sich in den letzten Jahren aber offensichtlich auch die Bereitschaft verändert für die eigenen Rechte einzutreten. So kommt es verstärkt zu - auch erfolgreichen - Streiks und Demonstrationen. Trotzdem sind 39% der Bevölkerung immer noch dafür, die öffentliche Ordnung höher zu bewerten als das Recht auf Streik oder Demonstration. Wenn es dann darum geht, die im regionalen Vergleich eher geringe Kriminaltität zu bekämpfen sind 78% der Bevölkerung auch dafür einige Grundrechte ausser Kraft zu setzen. Die Mehrheit der Chileninnen messen geordneten und von der „Obrigkeit" kontrollierten Verhältnissen einen höheren Wert bei, als Bürgerrechten.

Reformversagen: Bildung

Schon bald nach Regierungsantritt wurde die Politik von anhaltenden und vehementen Protesten der Sekundarschüler überrascht. Nach den Rücktritten eines Innenministers, zweier Bildungsministerinnen und einer ein Jahr tagenden Präsidialkommission, nach zahlreihen gesellschaftlichen Debatten und Vorschlägen sowie einem mit der Opposition ausgehandelten Gesetzesentwurf, konnten jedoch die Probleme für die wiederkehrenden Proteste nicht beseitigt werden. Im Gegenteil, die Regierung hat gerade unter jungen Leuten viel Sympathie verspielt. Dabei ist eine grundsätzliche Änderung des letzten von der Pinochet unterschriebenen Gesetzes nur mit der Opposition umsetzbar. Das Zeitfenster, das die Regierungskoalition besass, als sie noch über eine parlamentarische Mehrheit verfügte, wurde wegen koalitionsinterner Differenzen nicht genutzt. Hintergrund ist die grundlegende Frage, ob Bildung in erster Linie ein öffentliches Gut oder ein Wirtschaftsgut darstellt. Im Jahr 2005 gingen 48% aller Schüler auf öffentliche Schulen, 43% auf öffentlich subventionierte Privatschulen und 7% auf reine Privatschulen. Im Zentrum der Debatte stehen sowohl die subventionierten Privatschulen, als auch die von den Gemeinden verwalteten öffentlichen Schulen. Während in letzteren die Qualität der Lehre meistens direkt vom Reichtum der Gemeinde abhängt und somit die Zukunftschancen der Schüler öffentlicher Schulen, kommt bei den öffentlich unterstützten Schulen oft noch der skandalöse Umgang mit den Mitteln hinzu. Es überrascht nicht, das die qualitativ guten Universitäten, allen voran die staatlichen, von Abgängern der reinen, oftmals sehr anspruchsvollen Privatschulen bevölkert werden. Bei allen Reformentwürfen und -massnahmen hat die Regierung stets die Verbesserung der schulischen Qualität, eine stärkere staatlichen Kontrolle sowie die Subventionierung unterer Einkommen im Blickwinkel gehabt. Der von Schülern, Lehrern sowie Gewerkschaften, aber auch von vielen Fachleuten geforderte Systemwechsel war jedoch nicht durchsetzbar.
Auch an der diesjährigen chilenischen akademische Universitätszugangsprüfung, die von der staatlichen Universität zentral organisiert wird, sind die sozioökonomischen Grundlagen des Schulerfolgs klar abzulesen. Fast eine Viertel Million Schulabgänger unterzog sich der

sogenannten PSU, fast ein Drittel schaffte die für ein Studium notwendige Mindestzahl an Punkten nicht, 98% hiervon kamen aus Haushalten mit einem Familieneinkommen von unter Euro 1000, 89% aus Haushalten mit einem Einkommen, das unter Euro 500 lag. Unter den 100 Schulen mit dem besten PSU-Durchschnitt finden sich nur zwei öffentliche Schulen und drei staatlich subventionierte Privatschulen. Der Durchschnitt der Noten der Abgänger von reinen Privatschulen liegt rund ein Viertel über dem nationalen Durchschnitt und ein Drittel über dem der Gemeindeschulen.

Reformversagen: Transantiago

Den vermutlich grössten politischen Schaden hat die Einführung eines neuen Nahverkehrssystems für Santiago verursacht, das von der Regierung Lagos vorbereitet und unter der Regierung Bachelt umgesetzt wurde. Bis heute und trotz grosser Anstrengungen funktioniert das am grünen Tisch geplante System nicht einwandfrei und führt unter den Millionen Santiaginern zu anhaltender Missstimmung, die in dem hyperzentralisierten Chile direkt zu Minister- und Präsidentenangelegenheit wird. Ein nicht unbedeutender Stimmverlust bei den Gemeindewahlen dürften hierauf zurückzuführen sein. Auch der Transantiago funktioniert unter dem Schema staatlicher Kontrolle, Rahmenvorgaben sowie einiger Vorleistungen, bei privater Initiative, Umsetzung und Betreibung. Das System sollte sich selbst finanzieren, der Staat war für die Strasseninfrastruktur zuständig. Das Vertrauen in die Umsetzungkapazitäten der privaten Anbieter sowie die mangelnden Steurungskapazitäten des Staates erklären einen Grossteil des Debakels. Die Strecken waren nicht nach den Notwendigkeiten der Nutzer sondern nach der grösstmöglichsten Ausnutzung der U-Bahnstrecken zugeschnitten, die Betreiber der Linien hatten bei langer Zeit existierenden Festeinnahmen keinen Anreiz den gesamten Fuhrpark zu mobilisieren, das von einem Unternehmen einzurichtende und zu betreibende GPS-gesteuerte Logistiksystem funktioniert bis heute nicht vollständig. Folge waren überfüllte Busse, ein Fahgastaufkommen, das die Kapazität der U-Bahn überstieg, stundenlange Wartezeiten und z.T. extrem verlängert Fahrtzeiten und zahlreiche Umstiege. Viele der Probleme sind bis heute, wenn nicht gelöst, so doch abgeschwächt worden. Aber der politische Schaden existiert fort. Hinzu kam, dass auch das Versprechen der finanziellen Tragfähigkeit sich als leere Hülse erwies. Regierung und Parlament ringen ständig um die zunehmende öffentliche Finanzierung für das System, das weit davon entfernt ist, sich selbst zu tragen und der Opposition ständige öffentlichkeitswirksame Präsenz garantiert.

Baustellen: Gesundheitsreform

Im Jahr 2002 hatte der damalige Präsident Lagos eine grosse Gesundheitsreform angekündigt. Als eine der Hauptursachen für die im Lande herrschende Ungleichheit wurde dabei der fehlende Zugang eines Grossteils der Bevölkerung zu einem qualitativ akzeptablen und bezahlbaren Gesundheitswesen indentifiziert. Wichtigstes Reformelement war ein staatlich garantiertes Gesundheitsprogramm unter dem Namen AUGE, dass am 1.7.2005 in Kraft trat, zuerst die Behandlung von 25 Krankheiten umfasste, die bis zum Jahr 2007 auf 56 erweitert wurden. Bis zum Jahr 2010 möchte die Regierung das Programm auf 80 Pathologien erweitern. Kernstück der Reform war, die staatliche Garantie des Zugangs, der Qualität und der Kosten der Behandlung sowie ein definierter Zeit- und Behandlungsrahmen für alle Bürger. Während für die Beitragzahlenden des staatlichen Gesundheitsfonds (FONASA) die Garantieleistungen von AUGE ohne Prämienerhöhung in den bisherigen Leistungskatalog aufgenommen wurde, müssen die Mitglieder einer privaten Versicherung eine Zusatzquote errichten. Mittellose und Personen, die bis zu einem Mindestgehalt verdienen, werden kostenlos behandelt. Personen die über diesem Einkommen liegen, müssen 20% der festegelegten Kosten bis zu einem Maximum von zwei Monatseinkünften übernehmen.

Die eindeutig positiven Ansätze des universellen und sozial differnzierten Gesundheitsprogramms mit der für Chile typischen Fokalisierung auf die Armutsbevölkerung, sind zahlreicher Kritik, vor allem der Berufverbände und der Opposition, aber auch aus den eigenen Reihen ausgesetzt. Der Staat ist, trotz Fortschritten, nicht in der Lage, das Programm zufriedenstellend umzusetzen. Dabei geht die Problematik weit über das staatliche Gesundheitsprogramm Auge hinaus. Lange Wartezeiten für Behandlungen und Opperationen, zahlreiche Fälle von Nichbehandlung auch mit Todesfällen (Aidskranke wurden in einer Region nicht über ihre Krankheit informiert), Krankheiten, die durch das öffentliche System nicht abgedeckt sind, schlecht bezahltes und zu wenig Krankenhauspersonal haben zu einer Zweiklassenmedizin geführt. Auch das Programm Auge kann diesem Zustand nicht entkommen, so dass vermeintliche Garantien oftmals Makulatur werden, wenn die hierfür notwendigen Kapazitäten des Gesundheitssystems entweder nicht existierren oder überfordert sind. Der staatliche Bereich ist trotz der unter der aktuellen Regierung sichtbar gestiegenen Investitionen und Haushaltszuweisungen unterfinanziert und schlecht ausgestattet. Über 70% der Bevölkerung sind über FONASA, den staatlichen Gesundheitsfond versichert, die staatlichen Ausgaben für den nicht privaten Teil des Gesundheitsektors belaufen sich jedoch auf unter 3% des BIP. 17% der Bevölkerung, 10% weniger als noch vor einer Dekade, sind heute über private Krankenkassen versichert.

Rentenreform: Auswirkungen und Grenzen

Im Juli trat das neue Rentengesetz in Kraft. 1981 wurde durch die chilenische Militärdiktatur das zuvor existierende Umlagesystem durch ein individuelles und privat verwaltetes obligatorisches Kapitaldeckungsverfahren ersetzt. Nach 26 Jahren hatte das einst international als beispielhaft propagierte System seine wichtigsten Versprechen nicht einlösen können. Deckungsgrad und Rentenniveau hatten sich nicht im Gleichschritt mit dem wirtschaftlichen Wachstum entwickelt, die gesellschaftlichen Kosten waren hoch. Das System reproduzierte die gesellschaftliche Ungleichheit.

Debatte wie Diskurs um die Rentenreform in Chile rekurrierten auf einen Ansatz, der soziale Sicherheit zum Menschenrecht erklärt, und hatten damit eine wichtige Signalwirkung. Zum einen mit Blick auf das chilenische Wirtschaftsmodell, indem eine klare Aussage zugunsten der notwendigen Rolle des Staates bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit gemacht wurde. Damit wurde auf die negativen Effekte der Konzentration des Reichtums, der Verringerung der sozialen Sicherheit, der Diskriminierung und Exklusion sowie schließlich auf die Rolle von sozialer Kohäsion in der Demokratie selbst hingewiesen. Zum anderen hinsichtlich der Beispielfunktion, mit der das chilenische Modell jahrelang international als *best practice* angepriesen wurde.

Jedoch handelt es sich bei der Reform um keinen Systemwechsel. Die chilenische Reform weist dem Staat wieder eine robustere Rolle zu, jedoch vor allem in einer komplementären Funktion, als Bürge eines Minimalstandards, den er gesamtsolidarisch finanziert. Es handelt sich dabei um einen Ansatz vorsichtiger gesellschaftlicher Umverteilung, der die marktwirtschaftliche Logik des Rentensystems absichert, nicht mit ihr in Konkurrenz tritt. Die Mitgliedschaft in einem privaten Rentenfonds ist weiterhin obligatorisch und beitragspflichtig, seit der Reform aber nicht nur für die abhängig Beschäftigten sondern auf mittlere Sicht für alle Chilenen, die Einkommen haben.

Zwar wurde eine solidarische, aber keine universelle Säule eingeführt, die über das Steueraufkommen finanziert wird. Beitragsleistungen sind nur für die privaten Rentenfonds vorgesehen, eine Wahlmöglichkeit besteht nicht. Die solidarische Säule orientiert sich wie das bisherige Zuschusssystem an Armutskriterien, eine einmal gewährte Rente kann damit auch wieder versagt werden. Auch ist der Anspruch der Herstellung der „Menschenwürde" mit der anvisierten Höhe der Leistungen sicherlich noch nicht erfüllt. Ein wichtiger Unterschied zu

den bisher existierenden, streng auf Armut fokussierten Sozialleistungen mit ihren Antrags- und Überprüfungsprozedere, stellt der neue Ansatz aber allemal dar, indem er Renten den Status eines Bürgerrechtes für Arme gibt. Allein dies durchzusetzen war ein politischer Erfolg der Regierung gegenüber der immer noch mächtigen ideologie- und interessengeleiteten Überhöhung der Rolle des Marktes. Das neue Gesetz wird das Risiko der Altersarmut, im Sinne der Befriedigung der Grundbedürfnisse, verringern. Der Deckungsgrad wird sich erhöhen und 60% der Bevölkerung wird mit besseren Renten als heute rechnen können. Das Gesetz wird auch zu etwas mehr Sicherheit und damit zu einem stärkeren Anreiz bei der Altersvorsorge führen. Das private System mit seinem hohen Grad an Insiderwissen und Intransparenz, mit seiner Abhängigkeit von der nationalen und internationalen (Finanz-) Marktentwicklung und schließlich mit seinen Leistungsreduzierungen im Gleichschritt mit der zunehmenden Lebenserwartung der Versicherten lässt eine klare Aussage zur zukünftigen Rentenhöhe für den Einzelnen nicht zu. Das neue System löst jedoch gerade dieses Problem nicht, sondern federt es lediglich ab. Die internationale Finanzkrise hat die chilenischen Rentenfonds stark in Mitleidenschaft gezogen. Das Anlagevolumen reduzierte sich von 104 Mrd. US$ im Juli 2007 bis Mitte Dezember um 28%. Der Gewerkschaftsdachverband CUT versucht einen Prozess gegen die Fonds in Gang zu setzen, da diese es zugelassen haben, dass selbst bei Ausbruch der Krise die riskoreichsten und damit auch verlustreichsten Fonds noch mit 12,7% ein starkes Anlagenwachstum aufgewiesen haben, statt eine Umschichtung in sichere Anlagen vorzunehmen.

Die Förderung für Berufseinsteiger sowie der Kinderbonus werden einen positiven Effekt auf den Kapitalstock und die späteren Renten der Empfänger haben. Es ist zu hoffen, dass dies und die Regulierungs-, Zuschuss- und Wettbewerbselemente des Gesetzes zu einer Effektivitätssteigerung der privaten „Pflicht"-Säule und so zu allgemein höheren Leistungen sowie einem höheren Deckungsgrad auch bei den eigenfinanzierten Renten beitragen werden. Nicht berücksichtigt wurden Vorschläge der Regulierung der extremen „parasitären" Gewinne der Fonds zugunsten ihrer Mitglieder, etwa, dass immer dann, wenn die Gewinne der Fonds über der Rentabilität der individuellen Einlagen liegen, die Differenz zwischen Fondsbesitzern und Mitgliedern geteilt werden.

Unklar bleibt, inwieweit für die Finanzierung der Altersvorsorge stärker die Wirtschaft herangezogen werden kann, um so auch eine Erhöhung der allgemeinen Beiträge zu ermöglichen. Zwar muss ab 1. Juli 2009 der Beitrag zur Invaliditäts- und Hinterbliebenen-versicherung vom Arbeitgeber übernommen werden. Die weiteren im Gesetz vorgesehenen Regelungen sind aber entweder freiwilliger Art oder werden als mögliches Resultat kaum existierender Tarifverhandlungen verstanden. Die Finanzierung der Solidarsäule erfolgt in erster Linie durch Steuerleistungen. Das chilenische Steuersystem ist aber extrem regressiv. Je reicher desto weniger Steuern werden im Verhältnis zum Einkommen bezahlt. Drei Viertel der Einnahmen bestehen im Schnitt aus indirekten Steuern, rund die Hälfte aus der Mehr-wertsteuer. Insoweit wäre eine stärkere Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung solidarischer Fonds unter Berücksichtigung der Lage der Kleinunternehmen auch eine Frage der gesellschaftlichen Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit.

Nicht in Betracht gezogen wurde der Wiederaufbau eines solidarisch finanzierten staatlichen Umlagesystems mit einer freiwilligen privaten Säule der Kapitalisierung, was auch die Hauptkritik z.B. vonseiten der Gewerkschaften darstellte. Jedoch steht eine Debatte, um die Gründung eines staatlichen Rentenfonds noch aus, der allerdings der Marktlogik der privaten Rentenfonds folgen wird. Die chilenische Regierung steht im Versprechen, in der ver-bliebenen Legislaturperiode einen Gesetzentwurf für die Gründung eines staatlichen Rentenfonds dem Parlament vorzulegen.

Trotz der positiven Vorzeichen der Reform bleibt der Eindruck, dass die nun seit 18 Jahren regierende Koalition davor zurückschreckte, noch einen Schritt weiter zu gehen. So wäre

finanziell durchaus die Einführung einer universellen Grundrente möglich gewesen, um somit auch dem Anspruch der Präsidialkommission gerechter zu werden. Auch die langjährigen Übergangsfristen waren angesichts der Überschüsse des chilenischen Haushalts nicht zwingend notwendig, wurden zwar im Vorfeld verkürzt, reduzieren aber mit Blick auf die nächsten Wahlen wichtiges politisches Kapital. Auch hier zeigt sich ein Grunddilemma der chilenischen Politik, das sich an dem Widerspruch zwischen einer (neo)liberalen Wirtschafts- und Finanzpolitik und einer anspruchsvollen Sozialpolitik festmachen lässt. Die Umsetzung letzterer würde Veränderungen des Wirtschaftsmodells, vor allem in der Steuerpolitik, aber auch einen hierfür ausreichend starken und durchsetzungsfähigen Staat erfordern.

Baustelle: Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Neben der Rentenreform sind gerade vom Arbeitsministerium eine Reihe von Reformen in Gang gesetzt worden, die zwar eindeutig der Zielsetzung der Regierungpolitik, soziale Rechte zu verankern, zuzuordnen sind, jedoch in der öffentlichen Debatte und der allgemeinen Wahrnehmungen auffallend unsichtbar geblieben sind. Dies liegt nicht nur daran, dass auch hier die typische Politik der kleinen Schritte der Concertación verfolgt wird, sondern auch an den Reformgrenzen, die die Regierungen der Concertación sich durch ihr Marktmodell selbst gesetzt haben.

Mit verschiedenen Gesetzen soll die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sowie als Familienvorstände verbessert bzw. erleichtert werden. So durch die Einführung von Stillzeiten, durch den direkten Erhalt der Sozialhilfe für sich und ihrer Kinder, mit der automatischen Vergabe der Sozialhilfe an bedürftige Schwangere ab dem fünften Monat sowie allgemein an Kinder. Ein Programm zur beruflichen Weiterbildung sowie zur Gründung von Kleinstunternehmen, Gesundheitsvorsorge und Kinderbetreuung richtet sich direkt an alleinerziehende Mütter. Die Normen für Kinderarbeit wurden verschärft und verschiedenen Ausbildungs- und Stipendienprogramme aufgelegt, die sich an Jugendliche wenden. Mit weiteren Regulierungen sollten die Arbeitsbedingungen im Transport, der Fischerei, dem Handel und Sport verbessert werden.

Im Gegensatz zu diesen Massnahmen lössten zwei weitere Gesetze eine heftige Kritik der Unternehmer und eine öffentliche, noch nicht abgeschlossene Debatte aus. Zum einen ging es um die Entscheidung, dass kein Grundgehalt mehr unter dem staatlich festgelegten Mindestgehalt liegen darf. Zum anderen folgten Proteste auf die Entscheidung, dass allen, in welcher Form auch immer angestellten Arbeitern der Sonntag bzw. das Wochenende entlohnt werden muss. Beide Normierungen werden natürlich Auswirkungen auf der Lohnkostenseite haben. Die Handelskammer Santiagos argumentierte, dass die Regelung der Bezahlung des Wochenendes im Handel, die Lohnkosten um 10-12% erhöhen würden, Unternehmensconsultings sprachen von bis zu 20%. Auffällig war, dass praktisch nicht darauf hingewiesen wurde, dass beid Normen eigentlich nur eine arbeitsrechtliche und sozialpolitische Rückständigkeit und Ungleichbehandlung mit anderen Arbeitsvertragskategorien beseitigt. Ein weiteres kontroverses Thema stellte in diesem Kontext die erstmalige Regulierung der Leih- und Zeitarbeitsverhältnisse, mit der in verschiedenen Bereichen wie Arbeitsplatzsicherheit, Löhne, Organisationsfreiheit, Arbeitssicherheit bzw. –unfälle den subkontratierenden Unternehmen Verantwortlichkeiten zugewiesen werden. Bisher nicht umgesetzt werden konnte ein Gesetz zur Ausweitung der nur rudimentären Arbeitlosenversicherung sowie ein Gesetz zur Förderung von Tarifvertragsverhandlungen und eines System zur Schulungen von Gewerkschaftlern.

Gewerkschaften

Ende August führte der grösste Gewerkschaftsdachverband, die CUT landesweite Wahlen zur Besetzung des nationalen Vorstandes, des sogenannten Leitungsrates, sowie der Vorstände der 42 Provinzialräte durch. Laut eigenen Angaben repräsentiert der Verband heute 750.000

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn auch die an den Wahlen beteiligten 12.000 Delegierten nur 485.000 Menschen vertraten. Nur Organisationen, die ihre Beiträge beglichen haben, konnten Delegierte entsenden. Zu Wahl stellten sich sieben Listen, auf nationaler Ebene wurden 45 Räte und 15 Vertreter sowie je 9 Räte und 5 Vertreter für jeden Provinzialvertretung gewählt. Auf nationaler Ebene gewannen mit fast 46% der Stimmen erneut die Sozialisten, mit denen innerhalb einer Unterliste die PPD angetreten war. Auch die Kommunisten gingen erneut als zweitstärkste Liste aus den Wahlen hervor.

Ergebnisse der Wahlen zum nationalen Leitungsrat der CUT, 29.8.2008

Liste	% Stimmen	Gewählte Räte	Vertreter
A (PRSD)	2,4%	1	0
B (MIR)	0.89%	0	0
C (PDC)	10,32%	5	2
D (PS, PPD)	45,58%	21	6
E (PC)	34,69%	16	5
F (Disidenten PS, PC	7,93%	2	2
G (UDI, RN)	0,63%	0	0

Auf regionaler Ebene gewannen die Sozialisten rund 80% der Posten. Die Wahlen brachten somit keine überraschenden Veränderungen, die Sozialisten konnten gemeinsam mit der PPD ihre starke Position innerhalb des Dachverbandes bestätigen. Arturo Martínez wurde somit erneut als Generalsekretär bestätigt.

4. Genderpolitk

Chileninnen sind auf dem heimischen Arbeitmarkt nur gering vertreten. Zwar wächst die Frauenerwerbstätigkeit seit den 90er Jahren und hat mit 10% besonders in den Jahren 2006 und 2007 zugenommen, liegt aber immer noch deutlich unter dem lateinamerikanischen Durchschnitt von 45%. Die Zunahme erklärt sich vor allem aus wirtschaftlichen Faktoren - ein Drittel der Haushalte werden von Frauen geführt - aber auch aus dem gestiegenen Bildungsniveau. Aber erst die Schaffung einer flächendeckenden Kinderbetreuung ermöglichte den Zugang zum Arbeitsmarkt. Dies war eines der hervorgehobenen Ziele des Regierungsprogrammes von Michel Bachelet. Tatsächlich hat das Angebot an Kinderkrippen und –gärten bis 2007 um 240% zugenommen.

Trotz Fortschritten existieren auf dem Arbeitsmarkt weiterhin diskriminierende Mechanismen. Hierzu gehört die Einkommenskluft zwischen Männern und Frauen. Selbst bei höherem Ausbildungsniveau (11,8 zu 10,7 Jahren) verdienen Frauen 70% des durchschnittlichen Einkommens von Männern. Zwar gibt es auch hier einen Fortschritt zu verzeichnen, 1990 waren dies noch 64% - jedoch sind diese eindeutig zu langsam. Ein Gesetzentwurf, der die Festlegung gleicher Einkommen für gleiche Arbeit vorsieht wurde im Abgeordnetenhaus angenommen und befindet sich im Senat in Lesung. Ein weiterer Faktor stellt die Hausarbeit dar. 50% der nichterwerbstätigen Frauen führen den Haushalt als Grund an, nicht erwerbstätig zu sein. Die Hälfte der nicht erwerbstätigen Männer führen ihrerseits Studiengründen an. Mit verschiedenen Programmen und Gesetzesinitiativen, wie Vaterschaftsurlaub, einem Gleichstellungssiegel und dem Aufbau von Kinderbetreuungsstätten, hat die Regierung versucht gegen diese Tendenz zu wirken.

Ein explizites Ziel der Rentenreform war es „Gendergerechtigkeit" zu fördern und damit an erster Stelle der starken Benachteiligung von Frauen im System gegenzusteuern. Dies erfolgte mit mehreren Maßnahmen, etwa der Aufteilung von Rentenfonds nach Scheidungen, der Trennung von Versicherungspolicen für Invalidität und Hinterbliebenenrenten nach Geschlechtern und auch die Solidarrenten werden vor allem Frauen zugute kommen. Das

wichtigste Element war aber die Einführung von einem Kinderbonus, der bei jeder Geburt Frauen mit entsprechender Verzinsung vor der Berentung auf ihren privaten Rentenkonto gutgeschrieben wird. Mit der Einführung von Witwerrenten wurde zudem auf die Herstellung gleicher Rechte zwischen den Geschlechtern verwiesen. Dies war auch der Fall bei der nach langer Debatte schließlich geschlechtsunabhängigen Festlegung von 65 Jahren, um eine staatliche Rentenleistung in Anspruch nehmen zu können, obwohl das gesetzliche Rentenalter bei Frauen 60 Jahre und nur bei Männern 65 Jahre beträgt.
Die sichtbarste Entscheidung der Regierung im Genderbereich war die Schaffung von Parität im Kabinett und anderen Führungsposten. Die anfängliche numerische Gleichheit zwischen den Geschlechtern wurde schon bald durch eine „flexible Parität" von maximal 2:3 ersetzt. Vor der letzten Kabinettumbildung waren nur noch 36% der Ministerposten von Frauen besetzt und damit in der Realität die Parität aufgehoben, nach dem Rücktritt des Arbeitsministers der sich um das Amt eines Senators bewerben wird und der durch eine Frau ersetzt wurde, ist das Verhältnis wieder auf 41% gestiegen.
Bei den Kommunalwahlen im Oktober traten mehr Frauen denn je als Kandidatinnen in Erscheinung. Hauptgrund war jedoch, dass die Concertación zum ersten Mal mit zwei Listen angetreten war und sich so die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten fast verdoppelte. Auch die neuen Liste Chile Limpio erhöhte die Kandidatenzahl. Die Zahl der gewählten Frauen lag schliesslich aber mit 2% nur gering über der der letzten Wahlen im Jahr 2004. Die Rechtspartei UDI hatte nicht nur die meisten Kandidatinnen aufgestellt sondern auch die meisten gewählten Frauen zu verzeichnen. Die progressiven Parteien sind noch weit von einer aktzepablen innerparteilichen Chancengleichheit entfernt. Einer der Gründe für die geringe Partizipation von Frauen ist, dass der Zugang durch den hohen Prozentsatz der Wiederwahl von Amtsträgern beschränkt ist. Die Hälfte der Bürgermeister werden wiedergewählt, der grösste Teil von ihnen sind Männer. Gleichzeitig gibt es keinerlei Mechanismen die den Zugang erleichtern. Die parteiinteren Quoten werden regelmässig nicht eingehalten, Sanktionen zudem nicht verhängt.

	Kandidatinnen		Gewählte Frauen	
	2004	2008	2004	2008
Bürgermeisterinnen	205	218	15 %	16,25 %
Gemeinderätinnen	1.304	2.397	23,6 %	25,7 %

Das Regierungsprogramm Michelle Bachelets sah die Festlegung von Quoten für Wahlämter vor. Diese Initiative ist allerdings ohne eine Reform des Wahlsystems nicht umsetzbar, da das binominalen Wahlsystem nur die Wahl von zwei Repräsentanten pro Wahlkreis vorsieht, im Normalfall je einen Vertreter der beiden meistegewählten Listen. Zwar war eine Reform des Wahlgesetzes ebenso Gegenstand des Reformprogramms der Regierung gewesen, konnte jedoch ohne die Zustimmung der Opposition nicht umgesetzt werden.
Statt eines Quotengesetzes versuchte die Regierung schliesslich ein Gesetz zur sogenannten „ausgeglichenen Beteiligung" vorzulegen. Dieser Initiative nach, sollten die Parteien, die über 30% Kandidatinnen aufstellen, finanzielle Anreize erhalten. Dieser Vorschlag als ein eher schwacher und zudem fragwürdiger Ersatz der gescheiterten Frauenquote findet bisher kein Echo in den Reihen der Concertación. Da keine Mechanismen, die strukturelle Veränderungen fördern könnten, eingeführt wurden, wird die Bilanz im Bereich der politischen Beteiligung von Frauen nach der Regierung Bachlets voraussichtlich ernüchternd sein.

5. Anhang

5.1. Kabinettsliste

Staatspräsidentin	Michelle Bachelet (PS)
Innenministerium	Andrés Zaldivar Larraín (DC) (bis 14.7.2006) Belisario Velasco Baraona (DC) (bis 3.1.08) Felipe Harboe Bascuñán (PPD) (3.1.08 bis 8.1.08) Edmundo Pérez Yoma (DC)
Regierungssprecher	Ricardo Lagos Weber (PPD) (bis 12.2007) Francisco Vidal Salinas (PPD)
Präsidialamt	Paulina Veloso Valenzuela (PS) (bis 27.3.07) José Antonio Viera-Gallo Quesney (PS)
Finanzministerium	Andrés Velasco Brañes (Unabh.)
Außenministerium	Alejandro Foxley Rioseco (DC)
Ministerium für Wirtschaft und Energie	Ingrid Antonijevic Hahn (PPD) (bis 14.7.2006) Alejandro Ferreiro Yazigi (DC)
Verteidigungsministerium	Vivianne Blanlot Soza (PPD) (Bis 27.3.2007) José Goñi Carrasco (PPD)
Bergbauministerium	Karen Poniachik (Unabh.) (bis 8.1.08) Santiago González Larraín (PRSD)
Erziehungsministerium	Martín Zilic Hepic (DC) (bis 14.7.2006) Yasna Provoste Campillay (DC) (bis 16.4.08) Mónica Jiménez de la Jara (Unabh.)
Gesundheitsministerium	María Soledad Barría Iroumé (PS) (bis 28.10.2008) Álvaro Erazo Latorre (PS)
Justizministerium	Isidro Solís Palma (PRSD) (Bis 27.3.2007) Carlos Maldonado Curti (PRSD)
Ministerium für öffentliche Bauten	Eduardo Bitrán Colodro (PPD) (bis 11.1.2008)

	Sergio Bitar Chacra (PPD)
Transport und Telekommunikation	Sergio Espejo Jaksick (PDC) (Bis 27.3.2007) René Cortázar (PDC)
Arbeitsministerium	Osvaldo Andrade Lara (PS)
Planungsministerium	Clarisa Hardy (PS) (bis 8.1.2008) Paula Quintana Meléndez (PS)
Landwirtschaftsministerium	Alvaro Rojas Marín (DC) (bis 8.1.08) Marigen Hornkohl Venegas (DC)
Ministerium für Wohnungsbau und Stadtentwicklung	Patricia Poblete Bennett (DC)
Ministerium für Nationale Güter	Romy Schmidt Crnosija (PPD)
Frauenbehörde (im Ministerrang)	Laura Albornoz Pollman (DC)
Nationaler Kulturrat (im Ministerrang)	Paulina Urrutia Fernández (Unabh.)
Umweltministerium (neu seit 27.3.2007)	Ana Lya Uriarte Rodríguez (PS)
Nationale Energiekommission (im Ministerrang, neu, seit 29.3.2007)	Marcelo Tokman Ramos (PPD)

5.2 Abkürzungsverzeichnis

ALCA	Acuerdo de Libre Comercio de las Americas	Gesamtamerikanisches Freihandelsabkommen
ANEF	Asociación Nacional de Empleados Fiscales	Nationale Gewerkschaft der Öffentlichen Angestellten
APEC	Asian Pacific Economic Cooperation	Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit
Confusam	Confederación Nacional de Funcionarios de la Salud Municipalizada	Gewerkschaft der Angestellten des kommunalen Gesundheitssektors
CUT	Central Unica de Trabajadores	Dachverband der Gewerkschaften
CESOC	Centro de Estudios Sociales	Zentrum für soziale Studien
DC	Partido Democrata Christiano	Christdemokratische Partei
GTZ		Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit
ILO	International Labour Organization	Internationale Arbeitsorganisation
PPD	Partido Por la Democracia	Partei für die Demokratie
PRSD	Partido Radical Social Democrata	Radikale Sozialdemokratische Partei
PS	Partido Socialista	Sozialistische Partei
PT	Partido dos Trabalhadores	Arbeiterpartei (Brasilien)
RN	Renovación Nacional	Partei: Nationale Erneuerung
SI	Internacional Socialista	Sozialistische Internationale
TVN	Televisión Nacional	Nationales Fernsehen
UC	Universidad Católica	Katholische Universität
UDI	Union Democatica Independiente	Partei: Unabhängige demokratische Union

5.3 Makroökonomische Daten

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 (gesch.)	2008 (gesch.)
Wachstum (% BIP)	7,4	6,6	3,2	-0,8	4,5	3,4	2,2	3,7	6,1	6,3	4,5	5,2	4
Wachstum (pro-Kopf)	5,3	5,3	2,0	-1,7	3,2	2,3	0,9	2,2	4,7	4,9	4	4,3	
BIP (Mio. USD, lfd)	76	83	80	73	75	69	67	74	96	119	146	167	181
Pro-Kopf-Einkommen (in USD, lfd.)	5.192	5.597	5.292	4.802	4.890	4407	4270	4.648	5.944	7.269	8.911	10.058	10.800
Inflation (%)	6,6	6,0	4,7	2,3	4,5	2,6	2,8	1,1	2,4	2,9	3,0	7,5	7,2
Haushaltsdefizit (% BIP)	-2,2	-2,1	-0,4	2,1	0,7	0,6	1,2	0,4	2,1	4,7	7,9	8,2	
Auslandsverschuldung (in Mio. US$)	20.452	21.853	26.658	30.639	33.228	39.075	42.770	43.261	35.877	32.687	30.212		
Auslandsverschuldung (in % des BIP)	34,7	35,0	41,1	47,6	49,4	56,2	60,2	58,7	45,9	39,5	34,5		
Exporte (in Mio. USD)	16.627	17,870	16.323	17.162	19.210	18.272	18.180	21.524	32.024	39,536	58.500	67.5	74
Importe (in Mio. USD)	17.699	19.298	18.363	14.735	17.091	16.428	15.794	18.002	23.006	30,300	33,0	37	40

(Konstante Preise)

Quellen: CEPAL, Chilenische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds, Deutsche Bank Research